

## Auf der Suche nach der »neuen großen antikapitalistischen Bewegung«

(Eindrücke vom Frankfurter Kirchentag 2001

»Du stellst meine Füße auf weiten Raum.« Kirchentag im Juni 2001 in Frankfurt am Main: Die Bürohochhäuser überragen die Stadt und zeigen in die Weite des Himmels über Frankfurt. Sie stellen einem aber auch eines der Hauptthemen dieses Kirchentages vor Augen: die in Architektur gegossene Macht des Geldes. Neben Gentechnik und Glaube ist es das dritte große G-Thema, das dieses evangelische Laientreffen prägt. Die Hochhäuser werden noch von den aufblasbaren Jesus-Figuren überragt: »Super-Rio – Gipfelkreuze für Frankfurt am Main«, der segnende Christus über und in Frankfurt, jener Bankenstadt, in der täglich Milliarden von D-Mark, Euros, Yens und Dollars umgesetzt werden. Alles abgesegnet? Kirchenpräsident Peter Steinacker nimmt in seiner Predigt des Eröffnungsgottesdienstes auf diesen Event des Offenbacher Künstlers Manfred Stumpf Bezug: Nicht blindes Absegnen, sondern Zuspruch und Anspruch Gottes auf die Welt sollen in den fünf Tages des Kirchentages durch die Jesus-Figuren vor Augen gehalten werden.

Tatsächlich durchzog das Thema Geld viele Veranstaltungen des Kirchentages: In der Abendreihe *Ökologie, Geld, Gerechtigkeit* wurden alternative Geldkonzepte auf den Prüfstand gestellt und der Nutzen und die Probleme ökologischer Geldanlagen diskutiert. In der Zukunftswerkstatt *Arbeit* ging es um den Umbau der Industriegesellschaft. Auch im Forum *Flughafen* wurde das Geld zum Thema: nämlich die ökonomischen Ursachen der weltweiten Flüchtlingsbewegungen, von denen Deutschland infolge seines eingeschränkten Asylrechts nur noch zum allergeringsten Anteil betroffen ist. Die Abhängigkeiten der südlichen Erdhalbkugel von der nördlichen spielten natürlich vor allem im Nord-Süd-Forum die entscheidende Rolle.

Bei vielen Gelegenheiten wurde über Geld diskutiert – aber das bestimmende Thema wurde es nicht. Beim letzten Frankfurter Kirchentag 1987 wurden im Zuge der Apartheid-Diskussion die Kirchentags-Konten bei der Deutschen Bank gekündigt. Auch wenn diese Entscheidung seinerzeit wohl nicht viel zum Sturz des Apartheid-Systems beigetragen haben dürfte, so hat sie die Frage nach den ethischen Kriterien beim Umgang mit dem Geld auf die Tagesordnung des damaligen Kirchentages gesetzt. Vor zwei Jahren hat die Kirchentagsleitung wieder ein Konto bei der Deutschen Bank eröffnet. Die Deutsche Bank öffnete jetzt ihre Räumlichkeiten und stellte den Konferenzraum und den Hermann-Josef-Abs-



Saal für den *Kulturellen Treffpunkt Theater* zur Verfügung. So konnte man im Anschluss an den Protestzug gegen die Folgen der Globalisierung das Theaterstück *Yvonne, Prinzessin von Burgund* im Konferenzraum der Deutschen Bank anschauen ... Etwa 800 Globalisierungsgegner hatten sich am Freitag der Demonstration durch das Bankenviertel unter dem Motto *Die Macht des Geldes durchkreuzen* angeschlossen. Kirchliche Gruppen und Gewerkschaften hatten zu diesem Protestzug aufgerufen, der vom Kirchentag zwar unterstützt, aber nicht organisiert wurde. Kirchentagspräsident Martin Dolde, früher Manager bei Daimler-Chrysler, hatte sich für die Debatte um Geld und Ethik auf dem Kirchentag eingesetzt und betonte: »Wir wollen nicht auf Schmusekurs gehen mit Banken, Wirtschaft und Kirchen.« Die Demonstranten forderten eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, einen umfassenden Schuldenerlass und die Einführung einer Steuer auf spekulative Devisengeschäfte. Transparente klagten die Deutsche Bank als »Finanzier der Apartheid« an und kritisierten die »Hochfinanz« als Kriegstreiber. Vor den Bankenhochhäusern der Dresdner Bank, der Commerzbank und der Deutschen Bank sowie der Frankfurter Börse kam es zu Protestaktionen. Mitglieder der Initiative »Ordensleute für den Frieden« entzündeten eine Osterkerze und sengten Geldscheine verschiedener Währungen an: »Besser der Zins brennt als der Hunger in den Bäuchen der Armen!« Horst Schmitthener (IG Metall) forderte eine Demokratisierung von Weltbank und Weltwirtschaft. Dorothee Sölle geißelte eine Ökonomie, »die sich losgesagt hat von allen gemeinsamen Zielen der Menschheit«, indem sie immer mehr von den spekulativen Interessen geprägt wird. Umso dringlicher scheint Sölles Forderung: »Wir brauchen eine neue, große, antikapitalistische Bewegung.« Der Beifall der Demonstrierenden war ihr sicher. Aber war jener Demonstrationszug, an dem sich ca. 0,8% der angemeldeten Kirchentagsbesucher/innen beteiligte, tatsächlich die Speerspitze einer neuen spürbaren antikapitalistischen Bewegung? Haben die kritischen Anfragen, die diese und andere Projekte auf dem Kirchentag ansprachen, die Entscheidungsträger herausgefordert oder gar beeinflusst? Das *Forum Geld* bot die Gelegenheit, dieses zu prüfen. Insbesondere das Podiumsgespräch *Die Macht des Geldes* versammelte jene, die in der Bundesrepublik und Europa mitentscheiden. Der Heidelberger Finanzwissenschaftler Manfred Rose, der das kroatische Steuersystem entwickelt hat, beschrieb den desolaten Zustand des bundesdeutschen Einkommenssteuersystems und brandmarkte ein »Versagen der Politik«. Besonders deutlich werde dies bei der Doppelbesteuerung von Zinseinkünften. Die hohen Steuerbelastungen seien verantwortlich für die Arbeitslosigkeit und für die Kapitalflucht, die mit Einführung der Zinsabschlagssteuer extrem angestiegen ist. Rose forderte nicht nur die generelle Abschaffung der Zinsbesteuerung, sondern auch die Einführung eines Einheitssteuersatzes für die Einkommenssteuer. Wer damit gerechnet hat, dass solche Thesen, die von den Organisatoren möglicherweise bewusst provokativ an den Anfang der Diskussion gestellt worden waren, eine hefti-



ge Diskussion in Gang setzen würden, der sah sich getäuscht; zu homogen war das Podium zusammengesetzt: Die Vorsitzende des Bundestags-Finanzausschusses Christine Scheel nahm zwar das Thema des Kirchentages auf, indem sie der Finanz- und Wirtschaftspolitik die Aufgabe zuwies, »Freiräume für die Zukunft« zu schaffen. Die Agenda, die dies sichern soll, besteht für sie allerdings vor allem aus der Verringerung öffentlicher Schulden, Reformierung teurer Wirtschaftsstrukturen und der Reduzierung von Subventionen. Der Lobpreis der aktuellen Regierungspolitik der Bundesrepublik wurde in der anschließenden Diskussion fleißig fortgesetzt: Die Statements des Deutsche Bank-Managers Carl-Ludwig von Boehm-Bezing wurden ebenso widerspruchsfrei angehört wie jene von Bundesfinanzminister Hans Eichel und des Bundesbank-Präsidenten Ernst Welteke. Als kritischer *agent provocateur* in der Runde war wohl der ehemalige Leiter des Wuppertaler Umweltinstituts und jetzige SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Ulrich von Weizsäcker eingeladen. Die Runde diskutierte die Frage, ob die Globalisierung zum Ende des Primats der Politik führe. Boehm-Bezing rückte die weit verbreitete Vorstellung zurück, dass die Globalisierung eine Plage sei. Sie sei vielmehr politisch gewollt und müsse deshalb auch politisch gestaltet werden. Zu den entscheidenden Bereichen, in denen der Staat die Voraussetzungen für einen guten Wirtschaftsstandort schafft, zählte er die Bereiche Ausbildung, Sicherheit und die Infrastruktur. Finanzminister Hans Eichel stellte den wachsenden Einfluss der Politik auf internationaler Ebene heraus. Sinnvolle Ansätze für international abgestimmte Schritte gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung sah er in der *Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD). In Europa forderten ein einheitlicher Markt und eine einheitliche Währung ein einheitliches Steuersystem geradezu heraus. Bundesbank-Präsident Ernst Welteke wehrte sich ebenfalls dagegen, die Globalisierung zum »Sündenbock« zu machen. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Vorsitzender der Bundestags-Enquete-Kommission *Globalisierung der Weltwirtschaft*, wies darauf hin, dass der Begriff »Globalisierung« erst Anfang der neunziger Jahre entstanden ist. Vorher hätten Politiker gegenüber der Wirtschaft noch eine stärkere Verhandlungsposition gehabt. Heute werde im Kontext der Standortdiskussion versucht, politische Forderungen etwa ökologischer oder sozialpolitischer Art abzuwehren. Eine grundsätzlich andere Position vermisste man auf dem Podium schmerzlich. Von der »neuen, großen, antikapitalistischen Bewegung«, nach der Dorothee Sölle verlangt hat, war hier nichts zu hören und nichts zu spüren.

Da konnte man auf dem *Markt der Möglichkeiten* schon ein größeres Kritikpotential entdecken. Eine der Bewegungen, die auch auf dem Protestzug präsent waren, und einen konstruktiven Ansatz vertraten, um den horrenden spekulativen Anteil an den weltweiten Finanzbewegungen einzugrenzen, ist die internationale *Attac-Bewegung*, die *Vereinigung für eine Besteuerung der Finanztransaktionen im Interesse der Menschen*. Dieses Netzwerk wurde 1998 in Frankreich gegründet und hat inzwi-



schen 30 000 Mitglieder in 26 Industrie- und Entwicklungsländern. Globalisierung sehen sie nicht als eine schicksalhafte Plage. Sie halten vielmehr eine Welt für möglich, die die existenziellen Rechte der Menschen weltweit sichert. In Deutschland gehören dem Netzwerk neben vielen Einzelpersonen über einhundert Organisationen aus der Umwelt- und der internationalen Solidaritätsbewegung, kirchliche Kräfte und Gewerkschaften an. Dieses gesellschaftliche Bündnis versucht, eine »Gegenmacht zu den vermeintlichen Sachzwängen der Globalisierung und den entfesselten Kräften der Märkte [zu] bilden«. *Attac Deutschland* fordert: Einführung einer Devisenumsatzsteuer (Tobin-Steuer), Schließung der Steuerparadiese, Verbot hoch spekulativer Anlageformen und eine strengere Banken- und Börsenaufsicht. Was ist die *Tobin-Steuer*? Jeden Tag werden Devisentransfers in Billionenhöhe (also eine Million Millionen Dollar!) allein aus Gründen der Spekulation und Gewinnsucht durchgeführt. Man muss annehmen, dass 95% der an den Weltfinanzmärkten gehandelten Summen rein spekulativer Natur sind. Nur mit dem kleinen Rest werden reale Güter und Dienstleistungen bezahlt. Damit werden wirtschaftliche Entwicklungen herbeigeführt, die nicht real ökonomisch begründet sind, aber dennoch viele Menschen in Industrieländern in ihrem Wohlstand gefährden und Millionen von Armen in den Entwicklungsländern in noch tiefere Armut stürzen. Bereits 1972 hat der US-Nobelpreisträger James Tobin die Einführung einer Devisenumsatzsteuer vorgeschlagen. Dabei würde bei jedem Devisengeschäft ein einheitlicher Steuersatz in Höhe von 0,05 bis 0,5% erhoben werden. Für die Abwicklung des internationalen Warenhandels, der überhaupt nur maximal 5% der weltweiten Devisenumsätze betrifft, ist dieser minimale Aufschlag bedeutungslos. Kurzfristige Spekulationsgeschäfte würden hingegen so verteuert, dass sie sich nicht mehr lohnen. Darüber hinaus würde ein Steuersatz von 0,05% jährlich einen Betrag von ca. 90 Milliarden Dollar erbringen, die als nützlicher Sekundäreffekt für die Armutsbekämpfung verwendet werden könnten. In Deutschland ist über diese Initiative bisher nicht viel diskutiert worden. Hier wäre eine weltweite, zumindest aber europäische Perspektive hilfreich: Während nämlich die finnische und belgische Regierung die Einführung einer solchen Steuer befürworten, die Briten und Franzosen zumindest in ihren Parlamenten darüber intensiv debattiert haben und sich dabei eine fraktionsübergreifende Unterstützung herausgebildet hat, präsentiert sich die Bundesregierung als scharfe Gegnerin der Tobin-Steuer. Um den politischen Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, hat Attac Deutschland im Juni eine Unterschriftensammlung gestartet.

Ebenfalls Mitglied bei Attac und auch selbst ein Netzwerk ist *Kairos Europa*: Etwa 500 Gruppen, Bewegungen und Organisationen haben sich zusammengeschlossen, um ein Netz für wirtschaftliche Gerechtigkeit zu entwickeln, ein Forum für Begegnungen und Austausch und eine Plattform, von der aus an den Rand gedrängte Gruppen ihre Stimme erheben, ihre Rechte einklagen und ihre politischen Forderungen einbringen.



gen können. Kairos Europa ist im Rahmen der Europäischen Ökumenischen Versammlungen im Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung entstanden und hat wichtige Impulse von dem Heidelberger Sozialethiker Ulrich Duchrow aufgenommen. Ebenfalls aus dem christlichen Bereich kommen die Initiativen der *ChristInnen für den Sozialismus* (CfS), die auf dem Kirchentag Politische Mittagsgebete durchgeführt und in Auseinandersetzung mit den biblischen Überlieferungen versucht hat, den götzenhaften Charakter des Mammons zu entlarven sowie Freiräume für humanes und gerechtes Wirtschaften zu entdecken: die Versuchung durch »Religion« und die Hoffnung auf eine neue Erde (Matthäus 4,1-11); Geld regiert die Welt; aber wer regiert das Geld? (Daniel 3) und eine Weltordnung der Solidarität (1. Johannesbrief).

»Gerechtes Geld – gerechte Welt« – unter diesem Titel hat die Arbeitsgruppe *Gerechte Wirtschaftsordnung* (AG GWO) eine Plakatausstellung erarbeitet, die nicht nur die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge erläutert und veranschaulicht, sondern auch die subversive Ideengeschichte der Zinskritik der letzten 3000 Jahre aufnimmt: Von »Du sollst nicht Zins auferlegen deinem Bruder« (5. Mose 23,20) über »Durch den Zins entsteht Geld aus Geld. Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur« (Aristoteles) sowie »Tut Gutes und leihet, ohne etwas zurück zu erwarten« (Jesus, nach Lukas 6,35) bis in die Gegenwart. Die Arbeitsgruppe Gerechte Wirtschaftsordnung, die von den *Christen für gerechte Wirtschaftsordnung* und der *Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung* getragen wird, plädiert für eine vielfältige und kreative Bildungsarbeit, um über weltwirtschaftliche Zusammenhänge zu informieren, unterstützt die mannigfachen Formen im Umgang mit Geld wie Tauschringe, neue Formen des Leihens und alternative Banken.

Die genannten Initiativen des Marktes der Möglichkeiten entspringen sicherlich nur einer subjektiven Auswahl des Verfassers, sie zeigen allerdings, dass es durchaus Ansätze gibt, mit denen versucht wird, einerseits strukturell dem vermeintlich allmächtigen gegenwärtigen Wirtschaftssystem etwas entgegenzusetzen und es von innen her aufzubrechen (Tobin-Steuer). Andererseits versuchen viele Menschen und Gruppen, für ihren Lebensbereich Verantwortung zu übernehmen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu einer gerechteren Wirtschaftsordnung beizutragen oder zumindest eine Vergrößerung der ökonomischen Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Aber ist das die antikapitalistische Bewegung? Möglicherweise sind es Senfkorn-Bewegungen, die jetzt noch kaum wahrgenommen werden, weil sie sich an vielen verschiedenen Orten nur in kleinen Gruppen zusammenfinden; aber sie verändern doch die Welt. So sind »grüne Geldanlagen« selbst zu einer Wachstumsbranche geworden. Insgesamt gibt es weltweit inzwischen 180 verschiedene Öko-Fonds. Angesichts der offensichtlich hohen Nachfrage und der lediglich geringen Auswahl von etwa 100 Aktiengesellschaften, die strengen Maßstäben eines ethisch-ökologischen Investments genügen, ist die Versuchung



groß, die Kriterien unbemerkt zu senken. Dies werde durch die Gefahr verstärkt – so Hans Diefenbacher von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg –, dass die ursprünglichen Ziele des »green investment« immer mehr aus dem Blick geraten, je profitabler sich die Aktien entwickeln. Es ist ein Lernprozess nötig, »dass ein Teil der Rendite ... sich nicht in Geld, sondern in anderen Dimensionen der Erhöhung der Wohlfahrt auszahlen wird.« Dazu scheint die Börse auf lange Sicht der falsche Weg. Vorzuziehen seien langfristige direkte Beteiligungen, entweder an lokalen Projekten, an Unternehmen vor Ort oder über direkte, persönliche Beteiligungsfonds. Eine Wirtschaft, die sich an den Kriterien nachhaltiger Entwicklung orientiert, »wird voraussichtlich aus einem Netzwerk kleiner Regionen und Gemeinden bestehen, die viele ihrer Bedürfnisse aus eigenen Ressourcen befriedigen können«. Möglicherweise ist die Wirtschaft zukünftig zwar global vernetzt, aber auch an den jeweiligen regionalen Ressourcen und Bedürfnissen orientiert.

### Statt Literaturhinweisen: Adressen und Kontakte

*Attac Deutschland*, Artilleriestraße 6, 27283 Verden/Aller, <http://www.attac-netzwerk.de>.

*Berliner Initiative Neutrales Geld (BING)*, Postfach 600 322, 10253 Berlin, Email: [bing-mail@gmx.de](mailto:bing-mail@gmx.de), <http://www.geldreform.net>.

*Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW)*, Rudeloffweg 12, 14195 Berlin.

*ChristInnen für den Sozialismus (CfS)*, c/o Hartmut Futterlieb, Zur Linde 9, 36251 Bad Hersfeld, Email: [0662174905@t-online.de](mailto:0662174905@t-online.de).

*Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO D)*, Max-Bock-Straße 55, 60320 Frankfurt a.M.

*Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF)*, Bruder Markus Heinze OFM, Sigmund-Freud-Straße 111, 60435 Frankfurt a.M.

*Kairos Europa Deutschland*, c/o Niels Hueck, Stöckelhalde 13, 74427 Fichtenberg.

*Kampagne Erlassjahr 2000*, c/o Südwind, Lindenstraße 58–60, 53721 Siegburg, <http://www.erlassjahr2000.de>.

Dr. Dirk Chr. Siedler ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der *Arbeitsstelle interreligiöses Lernen (AiL)* der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg.